

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.
Gesamtes Jahressumme 25 241.
Aus für Nachgelassene: 20011.

Bezugs-Gebühr a. 16. bis 31. Dezember 1924 bei hgl. postamtlicher Zustellung drei Haus 1,50 Goldmark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 3 mm hohe Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 30 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Oberengebühr 10 Pfg. Inserate gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marktplatz 33/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Politzer-Straße 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner N.“) zulässig. — Innerenlate Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue

Nachmittag-Tea mit Konzert.
Mittag- und Abend-Tafel im
Terrassen-Saal an der Elbe.
Bekanntes vornehme Tafelmusik.
Festsäle und Konferenzzimmer.

Jeden Mittwoch Abend
Reunion

Herriot stellt „deutsche Verfehlungen“ fest.

Die alliierten Botschafter planen einen gemeinsamen diplomatischen Schritt in Berlin.
Außerparteiliches Rechtskabinett in Braunschweig. — Kullishers Sohn verhaftet. — Unveränderter Großhandelsindex.

Die „neuentdeckten heimlichen Waffenlager.“

Eine Insamie der Entente.
Paris, 26. Dezember. Nach Beendigung des Ministerrats hat die Presse am Quai d'Orsay folgende Mitteilung gemacht worden:

Ministerpräsident Herriot hat im Laufe der Sitzung seinen Kollegen von der Note Kenntnis gegeben, die er am 22. Dezember über die

Aufrechterhaltung der Röhner Zone

von der englischen Regierung erhalten hat. Er hat seinen englischen Kollegen den Inhalt eines Memorandums mitgeteilt, in dem die französische Regierung feststellt, daß die aus Deutschland erhaltenen Nachrichten schon jetzt (!) genügen, um zu beweisen, daß es nach dem Friedensvertrag von Versailles (!) unmöglich sei, die Räumung am 10. Januar vorzunehmen. Der Inhalt dieses Memorandums ist von den Ministern gebilligt worden. Weiterhin, so habe Herriot mitgeteilt, hätten die von der Interalliierten Militärkontrollkommission neu entdeckten Waffenlager nur die Gründe für die von der französischen Regierung vertretene These verklärt. Die Verhandlungen der Alliierten über diese Frage würden im größten Eilvorgehen fortgesetzt werden.

Wie sich Herriot „die Sicherung des Friedens“ denkt.

Paris, 26. Dez. Der Abgeordnete Pautier hat am 24. Dezember vor der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten einen

Brief Herriots über die Entwaffnung Deutschlands verlesen. Herriot teilt darin mit, daß er einen offiziellen Bericht der Interalliierten Kontrollkommission noch nicht erhalten habe, daß er aber bestimmt hoffe, der Kommission Mitte Januar erschöpfende Auskünfte über den Stand der deutschen Abrüstung geben zu können. Aus den bereits vorliegenden Meldungen gehe indessen hervor, daß Deutschland verschiedene Verstöße gegen die Verbündeten über seine Abrüstung unbedacht gelassen habe. Herriot weist insbesondere auf die Verärgerung des Generalstabes und die Verärgerung der Polizeibehörden hin und beantragt außerdem, daß durch die Firma Krupp die Herstellung von Gewehren erfolgt sei. Die Kommission eröffne einen kurzen Meinungsaustrausch über den Inhalt des Briefes.

Loucheur erklärte unter Zustimmung der Kommission, es sei besonders interessant, zu erfahren, welche Haltung Deutschland seit Beginn der Räumung des Ruhrgebietes eingenommen habe.
Pautier wurde darauf von der Kommission beauftragt, von Herriot genaue Angaben über den Stand der deutschen Abrüstung seit Einstellung der Ruhrbesetzung zu erbitten.
Einem Vertreter der „Erchange Belge“ gegenüber erklärte Herriot, die französische Armee sei durch die Neuorganisation, die sie erhalten werde, gegenüber Deutschland, dessen Haltung nach den Feststellungen der J. M. A. weiterhin beunruhigend sei, nicht geschwächt. Man wolle im Gegenteil der Armee moderne Mittel an die Hand geben. Wenn unglücklicherweise ein neuer Konflikt ausbrechen sollte, dann würde die Lage eine ganz andere sein, als man allgemein glaube.

Herriot erinnerte an den Vertrag von Tilsit.

Damals habe man geglaubt, daß Deutschland entwaftet sei, während es tatsächlich im geheimen seine Vorbereitungen getroffen habe. Derartige Möglichkeiten seien von den militärischen Führern Frankreichs genau geprüft worden. Zur Frage der Räumung der Röhner Zone am 10. Januar erklärte Herriot, Frankreich werde in diesem Punkte genau so wachsam sein, wie in allen anderen Fällen. Wir wollen die Entscheidung der Botschafterkonferenz über den Bericht der J. M. A. abwarten. Die letzten Berichte, die diese Kommission gelangt hat, haben Enthüllungen enthalten, die keinen Zweifel an der Bedeutung der in Deutschland verborgenen Rüstungen aufkommen lassen. Schließlich betonte Herriot noch, daß man in Berlin davon überzeugt sein könnte, daß er gewillt sei, an der „Sicherstellung des Friedens“ zu arbeiten.

Der „Quotidien“, der bekanntlich der Regierung sehr nahesteht, schreibt, man habe in Berlin in verborgenen Schränken einer Fabrik 10 000 Hochgeschütze für schwere Maschinengewehre vorgefunden. Doch sei dies nicht der einzige Fund dieser Art. — Das „Echo de Paris“ erhöht die Zahl der Hochgeschütze bereits auf 100 000. Das Blatt behauptet, bei Krupp sei man Munition für 27 000 Gewehre und Maschinengewehre auf die Spur gekommen.

Paris, 26. Dez. Die Kammer hat in ihrer heutigen Vermittlung beschlossen, die Beratung über das Budget für auswärtige Angelegenheiten bis nach dem

18. Januar, also bis nach dem Wiederzusammentritt der Kammer, zu verschieben, um dem Ministerium Herriot Gelegenheit zu geben, sich persönlich an der Beratung zu beteiligen. — In der Nachmittags-Sitzung beschäftigte sich die Kammer mit einer Interpellation des ehemaligen Ministers Loucheur über den Bau billiger Wohnungen, der dafür die Veranzahlung deutscher Sachleistungen fordert. Er schlägt vor, in Deutschland Fenster und Türen herstellen zu lassen.

Die französische Presse sekundiert Herriot.

París, 26. Dez. „Quotidien“, der sich bis jetzt in der Frage der Räumung der Röhner Zone reserviert verhalten hatte, veröffentlicht heute einen Artikel, in dem er erklärt, die Entscheidung „versteckten Waffen“ habe die Räumung der Röhner Zone unmöglich gemacht. Alle Welt werde Frankreich, England und Belgien zustimmen und versprechen, daß sie augenblicklich nicht geneigt seien, die militärischen Pfänder aufzugeben, die sie in Händen halten. Es sei sehr natürlich, daß Deutschland seine vollkommene Freiheit wiedererlangen wolle und bitter enttäuscht sei über die Verlängerung der Besetzung von Köln. Es wäre für ein Land nicht würdig zu leben, wenn es nicht seine Integrität wieder zurückerobern wolle. Das Blatt schreibt weiter:

Wir Franzosen erwarten ungeduldig die Stunde, in der wir mit einer Nation wieder normale Beziehungen herstellen können, die zu lange unterbrochen waren und deren Wiederherstellung für den Frieden unerlässlich ist. (?) Aber normale Beziehungen können nicht wiederhergestellt werden dadurch, daß man den nationalitären Welt entfacht, daß man sich bewaffnet und die Bewandere vorbereitet. Wenn das demokratische Deutschland es nicht versteht, dem reaktionären Deutschland seinen Willen anzuzwingen, dann darf man nicht damit rechnen, daß die interalliierten Regierungen die Augen vor einer solchen Lage verschließen.

Wir brauchen Sicherheit, um wieder arbeiten zu können. Das Deutsche Reich muß erklären, ob es eine ehrliche Erfüllung der Entwaffnungsklauseln erstreben will oder nicht. Wenn es das nicht will, dann hat es sich alle Peiden selbst zu suchen, und die volle Verantwortung für die europäische Verwirrung wird ihm aufgebürdet werden. (!)

Auch die „Ere Nouvelle“ vertritt heute den Standpunkt Herriots, und sagt, daß er nicht leichtfertig den Bestuhung gefast habe, die Röhner Zone nicht vor dem 10. Januar zu räumen. Die „Lehr entgegengesetzte“ Absicht Herriots scheine rechts des Rheins nicht verstanden worden zu sein. Kein französischer Ministerpräsident könne unter diesen Umständen eine andere Entscheidung treffen, als die, die Herriot unter Billigung von Chamberlain und Tounis getroffen habe. Man habe in Frankreich den Eindruck, daß Deutschland hinter Gittere gedanke und nicht „fair play“ spiele. Frankreich wolle weder auf den Frieden, noch auf den Fortschritt verzichten. Das müsse Deutschland bedenken, denn man wolle es weder demütigen noch beherrschen.

So schreibt das demokratische Frankreich Herriots. Was die nationalitären Kreise Millerand's und Volcairos mit unruhiger Offenheit ihren Anhängern täglich aufs neue predigen, wird hier unter der heuchlerischen Maske einer angeblich friedliebenden Regierungspraxis nicht weniger energisch vertreten. Und all dies geschieht in einem Augenblick, da die Pariser Zeitungen mit dem Zustandekommen des deutschen Einkaufsvertrages rechnen. Deutschland, wie lange willst du noch schlafen?

Ein Schritt der allierten Botschafter in Berlin?

Paris, 26. Dez. Die Botschafterkonferenz tritt morgen vormittag um 11 Uhr an einer Sitzung zusammen, um von dem Bericht des Interalliierten Militärkomitees in Versailles Kenntnis zu nehmen auf Grund der von der Kontrollkommission gelieferten Teilberichte über die Generalinspektion in Deutschland. Es sei wahrscheinlich, daß die Botschafterkonferenz sich über einen Schritt der allierten Botschafter in Berlin einigen werde, die im Namen ihrer Regierungen eine Note überreichen würden, über deren Inhalt man sich verhandigen werde. Diese Note werde aber jedenfalls nicht vor den ersten Tagen des Monats Januar überreicht werden. (W. T. B.)

Amerika und der neue Vertragsbruch.

Die Räumung unerlässlich!
New York, 24. Dez. Die Frage der Räumung des Röhner Beckenbeckens findet hier größte Beachtung. Allgemein wird hervorgehoben, daß die Räumung für die Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes von Europa unerlässlich sei. Ferner wird anerkannt, daß der Dawes-Plan gefährdet werden könnte, wenn neue Beunruhigung in der ganzen Welt durch unnötige Verlängerung der Besetzung

hervorgerufen würde. Im Senat befiehlt man den angeleglichen Standpunkt der französischen Militärpolitiker, daß die Rückgabe Kölns an das völlig entwaffnete Deutschland eine Gefahr für das waffenstarrende Frankreich bilden könne. Frankreich, so kann man vielfach hören, würde ganz Amerika gegen sich haben, wenn es zu einem Kompromiß nicht bereit sei.

Die Deutsche Industriellen-Vereinigung zur Kölner Räumungsfrage.

Der Vorstand der Deutschen Industriellen-Vereinigung hat folgende Entscheidung gefaßt:
Durch die Presse geht die erschütternde Nachricht, daß die Entente entgegen den klaren Bestimmungen des von ihr und aufgezungenen Verfallers „Vertrages“ die Röhner Zone am 10. Januar 1925 nicht räumen wird. Damit werden auch die dem Wortlaut des Dawes-Planes zugrunde liegenden Voraussetzungen über die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Einheit des Deutschen Reiches rechtswidrig übergangen. Die Deutsche Industriellen-Vereinigung hat von vornherein die deutsche Vertrauenslosigkeit gegenüber der Vertragsentente unserer Gegner bekämpft und die Forderung erhoben, daß die deutschen Belästigungen nur Zug um Zug gegen Leistungen der Gegenseite übernommen werden dürften. Angesichts der Tatsache, daß die Feinde durch Nichträumung der Röhner Zone in flagrantester Weise moralisch und völkerrechtlich eingegangene Verpflichtungen einfach mit Füßen treten, verlangen wir von der Regierung sowohl wie von jenen Kreisen der deutschen Industrie, die sich in die Linie der Regierungspolitik stellen, daß sie das Unrecht von Köln wieder gut machen einmal durch eine feierliche Abgabe gegenüber den unausführbaren Befehlen des Londoner Protokolls, zum andern durch sofortigen Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen mit den vertragsbrüchigen Staaten.

Beendet die Quälerei der Kontrolle!

Berlin, 26. Dez. In der „Münchener Allg. Ztg.“ schreibt Reichswehrminister Dr. Gehler: Die Prüfung, die der Reichswehr durch die sogenannte Generalinspektion auferlegt ist, hat sie überstanden, obwohl sie in der Form, in der sie vorgenommen wurde, fast unerträglich war. Wenn ich einen Wunsch für die Reichswehr habe, so ist es der, daß dieser entwürdigende Zustand endlich aufhöre. Jede Weite der Verleumdung muß unwirksam bleiben, wenn nicht Deutschland gleichberechtigt als Nation anerkannt wird. Solange es gewisse Kreise des Auslandes zweckmäßig erscheint, sich in der Rolle des Sklavenhalters zu gefallen und die deutsche Wehrmacht der Welt wöchentlich einmal als gefesseltes Raubtier vor die Augen zu stellen, bleibt die europäische Kulturmacht ein frommer Wunsch. Um diesem Zustand, der alle üblen Instinkte, die der Krieg geweckt hat, sorgsam lebendig zu erhalten trachtet, ein Ende zu machen, nehme mein Reichswunsch dringlich: Beendet die Quälerei, für die kein sachlicher Grund mehr vorliegt, die lediglich die Beziehungen der Völker zueinander vergiftet.

Die französische Handelsbilanz 1924.

Paris, 26. Dezember. In den ersten elf Monaten des laufenden Jahres betrug der Wert der gesamten Einfuhr nach Frankreich 32 277 470 000 Franken gegen 26 018 518 000 Franken in der gleichen Periode des Vorjahres. Der Wert der gesamten französischen Ausfuhr in diesem Zeitraum ist auf 32 767 338 000 gegen 28 674 530 000 Franken während der gleichen Periode des Vorjahres gestiegen. (W. T. B.)

Die Amnestievorlage.

Paris, 26. Dez. Die Gesetzgebungs-Kommission der Kammer hat heute vormittag das vom Senat angenommene Amnestiegesetz, das einige Abänderungen an dem von der Kammer angenommenen Text enthält, beraten. Auf Antrag des Justizministers hat die Kommission beschlossen, den Text des Senats ohne Abänderungen anzunehmen. Das Plenum der Kammer wird sich am Montag mit dem Amnestiegesetz beschäftigen. (W. T. B.)

Die Bedrohung Krassins durch Frau Dickson.

Paris, 26. Dez. Die vor einigen Wochen verhaftete amerikanische Staatsbürgerin Dickson, die vor dem russischen Botschaftsgebäude Drohungen gegen den Botschafter Krassin ausgesprochen hatte und später erklärte, sie habe ihn erschossen wollen, ist heute vom Strafgericht zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Die Dickson ist eine geborene Rusin und Schriftstellerin von Beruf. Sie erklärte, sie habe eine Zeitung in Sowjetrußland die Stellung eines Untersuchungsrichters bekleidet. Nach Verbüßung ihrer Strafe wird sie aus Frankreich ausgewiesen werden. (W. T. B.)

Paris, 26. Dez. Der Abgeordnete de Montjou hat dem Ministerpräsidenten Herriot mitgeteilt, daß er ihn über die Frage der Rückertattung der Franzesflotte an die Sowjetregierung interpellieren werde. Er veranlaßt, daß diese Interpellation noch vor Ende des Monats zur Diskussion gestellt werde. (W. T. B.)